

Bezugspreis:
 Monatlich in Neuenbürg RM. 1.50.
 Durch die Post im Orts- und Oberamtsbereich, sowie im sonstigen inländischen Verkehr RM. 1.50 mit Postzuschlag. Preise freibleibend. Preis einer Nummer 10 Pf. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Wiederherstellung des Bezugsvertrages.
 Bestellungen nehmen alle Postämter, sowie Agenturen und Buchhandlungen jederzeit entgegen.
 Gesamtpreis RM. 4.
 Substantio Nr. 24 bei der Oberamts-Poststelle Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Reich'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 80

Donnerstag den 7. April 1932

90. Jahrgang

Anzeigenpreis:
 Die einseitige Zeile oder deren Raum 20 Pf., Restanzeigen 100 Pf. Zuschlag. Offerte und Aufstellung 20 Pf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachversandens einseitig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für teils. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Beginn der Viermächte-Konferenz

London, 6. April. Die deutschen Delegierten für die Viermächtekonferenz, an der Spitze Staatssekretär v. Bülow und Ministerialdirektor Dr. Voss, trafen heute um 8.15 Uhr am Bahnhof Liverpool Street ein. Sie wurden von einem Vertreter des Premierministers und des Staatssekretärs des Reiches, sowie von dem deutschen Vorkonferenzenrat Graf Bernstorff empfangen. Auf dem Bahnhof hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden.
 Staatssekretär v. Bülow empfing heute den österreichischen Gesandten Baron Frankenstein und hatte im Laufe des Vormittags eine Unterredung mit dem italienischen Außenminister Grandi, bei der auch der deutsche Vorkonferenzenrat von Neurath anwesend war. Mittags gab der Premierminister MacDonald ein Frühstück zu Ehren der deutschen und italienischen Delegierten.

Meinungsverschiedenheiten auf der Viermächte-Konferenz

London, 6. April. Reuters meldet: Wie in später Abendstunde verlautet, hat sich nach der heutigen Sitzung der Viermächtekonferenz eine Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und Großbritannien einerseits und Deutschland und Italien andererseits herausgestellt. Der erste Ausschuss der Konferenz, der aus den Delegationsführern besteht, wird sich morgen früh bemühen, diese Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Die beiden zur Diskussion stehenden Fragen sind:
 1) Muß Bulgarien in die Donauabfertigung einbezogen werden und
 2) sollen die Donauländer für sich Verhandlungen führen?
 Die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens sind dafür, die in der Viermächtekonferenz erarbeiteten Vorschläge der Konferenz der Donauländer vorzulegen, während die deutschen und italienischen Vertreter es für notwendig halten, eine Vollkonferenz der neun beteiligten Staaten einzuberufen. Die deutschen und die italienischen Vertreter sind der Ansicht, es sei wenig wahrscheinlich, daß eine richtige Lösung auf einer Konferenz der Donauländer allein gefunden werden könne und daß ein dort ausgearbeiteter Plan Österreich und Ungarn verhältnismäßig gegenüber der Kleinen Entente schwerer belasten müsse. Die Vorschläge über eine den Donauländern zu gewährenden Hilfe bewegen sich, was Frankreich und Großbritannien anbelangt, im Rahmen finanzieller Unterstützung; soweit Italien und Deutschland in Frage kommen, sind sie auf Vollerleichterung abgestellt.

Communiqué zur Viermächte-Konferenz

London, 6. April. Ueber die heutigen Besprechungen in der Donaufrage wurde am Ende der Nachmittags-sitzung folgendes Communiqué herausgegeben:
 Es wurde ein Ausschuss gebildet, der über die gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Donauländer sowie über die Art der für eine Lösung am besten geeigneten Maßnahmen zu berichten hat. Der Bericht soll morgen erstattet werden. Die Vertreter der vier Mächte kamen weiterhin überein, einen kleinen Sachverständigenausschuss einzusetzen, der die durch den kürzlich veröffentlichten Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes angeschnittenen Fragen prüfen soll.

Der Eindruck des ersten Tages

London, 6. April. Ueber die heutigen Verhandlungen selbst gibt das über sie veröffentlichte Communiqué völligen Aufschluß. Die Delegierten haben in der recht lebhaften Debatte ihre Standpunkte darstellt, die schon aus den verschiedenen Memoranden der beteiligten Länder bekannt sind. Daraus ergibt sich naturgemäß ein gewisser Gegensatz zwischen der französisch-englischen und der deutsch-italienischen Auffassung. Es muß jedoch darauf gewarnt werden, darin einen politischen Gegensatz zu sehen. In Erscheinung treten vielmehr die Gegensätze zwischen den Geldgeberstaaten und den durch wirtschaftliche Ermüdungen verunsicherten Handelsländern. Die französischen Vorschläge gehen dahin, daß in erster Linie finanzielle Hilfe notwendig ist und daß für diese Hilfe gewisse Sicherheiten nötig sind. Deutscherseits ist man dagegen der Auffassung, daß finanzielle Hilfe ohne gleichzeitige wirtschaftliche Unterstützung nur von vorübergehendem Nutzen ist. Die Gegensätze werden sich wahrscheinlich überbrücken lassen. Deutschland hat vitale Interessen daran, daß der Balkanmarkt nicht zerfällt, sondern gehoben wird. Es ist nicht wahrscheinlich, daß schon in London eine Antwort auf die Fragen gefunden werden wird, die technischer Natur sind. Deutschland hat darum auch den Vorschlag unterstügt, bald mit den Vertretern der zu unterscheidenden Länder zusammenzukommen. In ähnlicher Lage befindet sich Italien. Deutschland kann sich nicht von den osteuropäischen Märkten ausschließen lassen. Deutschland befindet sich in anderer Lage als die Geldgeberländer, die natürlich noch stark den finanziellen Zusammenbruch dieser Länder befürchten. Ein solcher Zusammenbruch wäre für Deutschland natürlich auch mit Unruhen und Verlusten verbunden, nicht aber in demselben Maße wie für die beiden Geldgeberländer. Auch daraus ergibt sich ein gewisser Gegensatz zwischen Italien und Deutschland auf der einen und England und Frankreich auf der anderen Seite, der in diesem Stadium nicht als politisch angesehen werden kann. Morgen soll ein Ausschuss das Problem

noch einmal durchsprechen, um nachher der Konferenz Bericht zu erstatten. Dadurch sollen die Dinge beschleunigt werden.

Was steht bevor?

London, 6. April. Andeutungen gütigerer britischer Kreise lassen einige Schlüsse auf den Tenor der französisch-britischen Besprechungen zu. Großbritannien, so wird betont, hat bereits so viel Geld, vorläufig ohne Aussicht auf Zurückerstattung, in Österreich und Ungarn angelegt, daß die Gewährung neuer Anleihen als höchst zweifelhaft angesehen werden muß. Frankreich komme als einziger Geldgeber in Betracht. Auf britischer Seite ist man nicht geneigt, irgend einen Plan für die Rehabilitierung der Donauländer zuzustimmen, der ohne aktive Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien zustande kommen würde.

In britischen Kreisen scheint man sich noch nicht völlig klar darüber zu sein, daß die Aufgabe der Reichsbankliquidation von Seiten Englands ein weit geringeres Angekändnis bedeuten würde, als von Seiten Deutschlands, dessen Handel mit den Donauländern 10 Prozent seines Gesamthandels umfaßt.

Wenn man daher sich auf britischer Seite wie auf französischer Seite der Hoffnung hingibt, daß Deutschland bereit sein wird, auf Reichsbankliquidation zu verzichten, so wird man wahrscheinlich einer gewissen Enttäuschung nicht entgehen können, da derartige Angekändnisse von Seiten der deutschen Delegierten nicht gemacht werden können.

Wie weiter von britischer Seite verlautet, ist bei den französisch-englischen Besprechungen auch das Problem der Kriegsschulden und Reparationen eingehend behandelt worden. Man erwartet als Ergebnis der Lausanne-Konferenz, daß „sowohl Europa in Betracht kommt“, in unmißverständlichster Weise das Ende der Reparationen für immer verkündet wird. Es ist kaum zu erwarten, daß die Verantwortlichkeit Frankreichs, eine solche Haltung der Lausanne-Konferenz zu fassen, ohne Ansprüche auf andern, vor allem politischem Gewicht, erreicht werden kann.

Von britischer Seite wird betont, die Entwicklung einer derartigen Lage hänge davon ab, daß Frankreich nicht bewilligt wird, mit anderen Worten, der Gedanke eines „politischen Stillstandes“, das ist der Nichtausführung der Frage einer Revision des Versailler Vertrages während eines bestimmten Zeitraumes, beginnt wieder in den Vordergrund zu treten.

Kein Goldstandard mehr im Donaubeden?

Paris, 6. April. Der Londoner Berichterstatter des „Matin“ stellt fest, daß bei den französisch-englischen Verhandlungen vom Montag übereinstimmende Nachrichten über die Lage von drei Donauländern vorgelegen hätten. Diese Nachrichten lauteten:

Am 20. April würden drei Donauländer gezwungen sein, die Kuponzahlungen einer gewissen Anzahl von Anleihen einzustellen, weil die nötigen Devisen zur Sicherung des Zinsendienstes fehlten. Ein allgemeines Moratorium werde die Folge sein, dessen Auswirkungen sich auf allen Finanzmärkten bemerkbar machen würde.

Die Opfer, die man auf Grund einer rationalen Regelung zu bringen hätte, würden wahrscheinlich geringer sein als die Auswirkungen des Moratoriums. MacDonald habe sich von der Wichtigkeit dieser Einstellung überzeugen lassen, jedoch erklärt, daß man nicht Wasser in einen zerbrochenen Topf schütten dürfe, sondern zunächst diesen Topf flicken müsse. Mit anderen Worten, er habe sich für die Schaffung einer lebensfähigen Wirtschaftsstruktur der fünf Donauländer ausgesprochen.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ seinerseits will nähere Angaben über die zwischen England und Frankreich in London getroffenen Vereinbarungen machen können, u. a. sei englischerseits vorgeschlagen worden, daß

die fünf Donauländer den Goldstandard aufheben, die französische Regierung habe sich diesem Vorschlag angeschlossen, sich jedoch ausdrücklich vorbehalten, daß ein neuer Goldstandard auf einem weniger hohen Goldniveau sofort in Kraft gesetzt werden müsse.

Der Außenpolitiker des „Reith Parisien“ berichtet aus London, daß der Plan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Donauländer zwei Stappen vorliehe. Die erste Etappe würde darin bestehen, daß den Donauländern Ubergangskredite zur Verfügung gestellt würden, die ausreichen, um ihren unmittelbaren Verpflichtungen nachzukommen. Man habe von insgesamt einer Milliarde Franken gesprochen. Die zweite Etappe würde in einer Reihe von Maßnahmen bestehen, die die Revision und Konvertierung der früher von den Donauländern abgeschlossenen Anleihen betreffen, die durch eine Gesamtanleihe abgelöst werden würden. Diese Gesamtanleihe würde zwangsläufig von den Großmächten garantiert werden.

Keine Aufhebung des Goldstandards in den Donauländern

Paris, 6. April. Havas veröffentlicht ein Dementi, wonach die heute von dem „Echo de Paris“ aufgestellte Behauptung, die französischen und englischen Politiker hätten sich geeinigt, den Donauländern und besonders Südslawien eine Politik der Währungsentwertung anzuzurufen, nicht den Tatsachen entsprechen soll.

England und die Donaufrage

is. Die Haltung Englands ist bei der Londoner Donaukonferenz von größter Bedeutung; denn Italien hat sich weitgehend dem deutschen Standpunkt genähert, so daß Frankreich unbedingt die Bundesgenossenschaft Englands erhebt. Wie steht aber nun England zu Frankreich und zur Donaufrage?

Im Herbst 1931 unternahm England mit seiner Währungsreform seinen bekanntesten Angriff gegen Frankreich, das immer mehr die englische Politik beeinflussen wollte. Tatsächlich ist es nun London gelang, sich der Fesseln des französischen Goldes zu entledigen. England hat also diesmal freie Hand. Nach englischer Auffassung besteht nun die Welt aus vier Teilen. Aus seinem Imperium, aus Amerika, Europa und dem Rest. Um sich mit ganzer Kraft seinem Reich zu widmen, löste es sich von Europa. Die europäischen Fragen sind ihm daher mehr oder minder fremd geworden. Und sollte es sich doch mit ihnen beschäftigen müssen, dann stellt sich England gerne auf die Seite der wirtschaftlichen Notwendigkeiten.

In der Donaufrage gibt es nun zwei Gruppen: Die eine versteht fruchtlos eine politische Lösung nach dem Rezept von Versailles. Ihr Vorkämpfer ist Frankreich. Die andere Gruppe jedoch betont die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, gegen die man einfach nicht mehr sündigen dürfte; denn sonst geht der Donauraum wirtschaftlich zugrunde. Dieser Auffassung huldigen Deutschland, Italien und der größte Teil der Donauländer selbst. Auch England neigt ihr anscheinend zu; denn MacDonald meinte Tardieu gegenüber, man könne „nur aus politischen Gründen einen Staat“ (gemeint ist das deutschfreundliche Bulgarien) nicht aus der Donauhilfe ausschließen.

Für Frankreich ist und bleibt jedoch die Südosfrage eine politische Angelegenheit. Sie ist aber nur ein Glied in der Kette der übrigen schwerwiegenden Probleme, die in diesem Jahre endlich angepaßt werden müssen: der Währungsfrage und der Reparationsregelung. So kann man Englands Haltung in der Donaufrage nur dann ganz überblicken, wenn man auch seine Stellung zu den übrigen europäischen Fragen berührt.

Ähnlich wie beim Donauproblem ergeben sich auch hier schwere, tiefgreifende politische Verschiedenheiten zwischen England und Frankreich. England ist z. B. von der französischen Völkerbundsanterie nicht erbaut. Es nimmt zwar den Plan zur Kenntnis, kann sich aber damit nicht recht befremden.

Wie steht nun England zu den Tributen. Maßgebende englische Staatsmänner traten zwar für die endgültige Streichung ein. Aber schließlich will Frankreich und vor allem sein großer Geschäftsbereicher Tardieu aus diesem Akt ein Geschäft machen. Man spricht in London von einer Summe von rund 400 Millionen RM., die Deutschland noch zahlen solle. Dann solle mit den Reparationen Schluss sein. Aber Frankreich wird sich darauf kaum einlassen.

Beimgleich also die französische Stellung nicht mehr so günstig ist wie bei den früheren Konferenzen, so ist die deutsche Stellung durchaus nicht rosig.

Tardieu veruchte mit seiner Vorbesprechung in London die alte Entente wieder zusammenzuzeichnen. Er wollte im Wahlkampf damit für sich werden können, daß er präbilit, er habe diese Entente wieder zusammengefügt. Aber die Pariser Presse bereitete ihm einen kühlen Empfang, als er von London nach Hause kam. Man hatte eben auch dort den Eindruck, daß England dem europäischen Kontinent und damit seinem alten Freunde Frankreich mehr und mehr den Rücken kehrt.

Die nächsten Aufgaben der Reichsregierung

Versuch zur Belebung der Wirtschaft

Berlin, 6. April. Reichsfinanzminister Dietrich sprach vor dem Gesamtvorstand der Deutschen Staatspartei über die nächsten Aufgaben der Reichsregierung. Er wies darauf hin, daß eine Klärung der politischen Stellung der Reichsregierung zu den radikalen Parteien erforderlich sei. Es sei absolut notwendig, daß zur innerlichen Veruhigung die Wände und Organisationen, die jetzt geschaffen worden seien, verschwinden.

Trotz aller pessimistischen Prognostikungen habe man die Sorgen des Winters bewältigt. Der Sommer würde eine gewisse Erleichterung bringen, aber es fänden dann die Sorgen für den nächsten Winter bevor, die nicht allein mehr mit finanziellen Mitteln überwunden werden könnten. Hierzu müßten alle wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten benutzt werden. Die nötigen Vorbereitungen der Reichsregierung seien im Gange.

Der Minister wies darauf hin, daß die Reichsbank heute in einer viel besseren Verfassung als im Jahre vorher sei. Ihre Beanspruchung betrug am 1. April 20 Millionen gegenüber 800 Millionen RM. im vorigen Jahr. Der Notenumlauf sei um eine halbe Milliarde geringer als im Jahre zuvor. Die Reichsregierung sei bereit, den vorläufigen Versuch einer Wirtschaftsbelebung zu machen. Ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Auffassungen und Interessen werde erfolgen. Dabei werde auch die Zinsfrage eine Rolle spielen.

München, 6. April. Die in der Presse verschiedentlich aufgetauchten Meldungen, daß Adolf Hitler Dr. Goebbels seines Postens als Reichspropagandaleiter, Hauptmann a. D. Kochum seines Postens als Sektionschef der SA, Gregor Strasser seines Postens als Reichsorganisationsleiter enthaben und Dr. Frick von der Führung der Reichspropaganda der NSDAP abberufen habe, werden heute in der nationalsozialistischen Parteikorrektur als unrichtig bezeichnet.



10000 Kandidaten

Berlin, 6. April. Nach den bisherigen Mitteilungen werden die Parteien in Preußen rund 7000 Bewerber für die Kreis- und Landtagswahlen benennen. Weitere 3000 Kandidaten werden für die Wahlen der Länderparlamente in Bayern, Württemberg, sowie in Anhalt und Hamburg aufgestellt werden. Insgesamt also hat man mit nicht weniger als 10000 Anwärtern zu rechnen.

Der Reichskanzler spricht in Erfurt

Erfurt, 6. April. Reichskanzler Dr. Brüning sprach am Mittwoch nachmittag in Erfurt in einer großen Wahlversammlung im Reichshallen-Theater.

Nach einleitenden Worten des Landrates a. D. Gercke-Bresel, der sich gegen die durch die Dittlerpartei betriebene Verberzung verwehrte und an den Landbund und Stahlhelm in Mittelhessen appellierte, für Hindenburg zu stimmen, erklärte der Kanzler Brüning, von den Versammelten fürmlich begrüßt, nochmals mit Nachdruck, daß dieser Wahlkampf uns für einige Wochen in der Außen- und Innenpolitik zurückwerfen werde. Der Kanzler wandte sich dann der Agitation der Nationalsozialisten zu und erklärte, wenn man Millionen von Menschen in das Reich der Träume reißt, so müsse es bei den Anhängern dieser Partei später einen Rückschlag geben, dessen keine Staatsgewalt mehr Herr werden würde.

Angesichts der Behauptung, daß die Reichsregierung neue Preantwendungsleistungen vor habe, verwies der Kanzler darauf, daß die Regierung kein Interesse an neuen Gehaltsleistungen oder an einem Abbau der sozialen Leistungen habe, und daß sie alles daran setzen werde, die Politik so zu leiten, daß neue schwere Opfer möglichst vermieden werden. Wir haben, so führte er aus, wiederholt die Erklärung abgegeben, daß wir nicht daran denken, neue Maßnahmen im Sinne einer allgemeinen Deflationspolitik zu ergreifen, weil wir der Ansicht sind, daß die Kaufkraft der breiten Masse der Konsumenten schon zu sehr geschwächt worden ist und daß diese Schwächung dazu führt, daß beispielsweise trotz aufs höchste gesteigerter Lebensmittelpreise keine Preise erzielt werden können, wie sie der Landwirt wünsche und daß es nur möglich gewesen ist, die Getreidepreise durch Maßnahmen der Zollpolitik so hoch zu halten, daß die deutsche Landwirtschaft nicht verdrängt.

Es gibt keinen anderen Weg und es wird keinen anderen Ausweg geben, der uns in eine glücklichere Zukunft führt, als dem Volke die Wahrheit zu sagen, und nicht um Popularität zu hofen, ein Weg, der auch einst von Friedrich dem Großen und im Freiheitskriege gegangen werden mußte, um den Zusammenbruch der Nation zu verhindern.

Und nur mit dieser Politik werden wir in der Lage sein, die Grundlinien unserer Außenpolitik, die wir an den Bank herangeführt haben, wo schwere Entscheidungen nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa bevorstehen, überhaupt durchzuführen und eine Garantie zu bieten, daß in den nächsten Monaten auch Erfolge nach dieser Richtung hin erzielt werden können.

Der Kanzler ging dann zu den Verhandlungen mit Dittler und Hugenberg über und erklärte, daß beide die Chance verpasst hätten, die ihnen bei dieser Wahl geboten worden sei. Dittler habe sich in den Sätzen eines Mannes gefangen, der ihm zumindest an politischer Reife und Taktik weit überlegen sei.

Adolf Hitler spricht in Königsberg

Königsberg, 5. April. Adolf Hitler sprach heute im Saal der Technik. Er wandte sich gegen die Sperre des Reichstags für seine Reden. In den nächsten Tagen werde, so führte er aus, Reichskanzler Dr. Brüning hier reden über die Verteidigung des deutschen Ostens. War er, so meinte Hitler, Reichskanzler, er würde über die Verteidigung des deutschen Ostens und die Bergewaltigung des Reichlandes nicht in Schwächen gesprochen haben. Die Nationalsozialisten wollten die Hitler dieser Grenzen sein, müßten aber die Gewähr haben, daß sie mit Blut erkauft, nicht aber verkauft werden. Käme es auf die NSDAP an, so würden heute in Deutschland die Regimenter Bataillone und Divisionen des Friedensstandes stehen. Wenn in Deutschland die NSDAP herrsche, werde es keinen Bürgerkrieg, und die Verschlechterung werde ein Ende nehmen. Die Partei sei sozialistisch aus alterer Erkenntnis heraus. Die NSDAP lasse den anderen Parteien die Köpfe, sie habe die stärkeren Bataillone. Die Nationalsozialisten würden sagen, wenn nicht heute und nicht morgen, dann in einem oder zwei Jahren.

Die Antwort des Stahlhelms an Hindenburg

Berlin, 6. April. Der Reichspräsident hatte sich bekanntlich wegen der Abregung derjenigen Stahlhelmsmitglieder, die sich vor dem ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl für Hindenburg ausgesprochen hatten, in einem Schreiben an die Bundesleitung des Stahlhelms gewandt. Nunmehr ist das Antwortschreiben der Bundesleitung des Stahlhelm beim Reichspräsidenten eingetroffen. Wie von zuvoriger Stelle mitgeteilt wird, hat die Bundesleitung dem Reichspräsidenten in einer den Forderungen des Reichspräsidenten entgegenkommenden Weise geantwortet.

Wahlen zur ostpreussischen Landwirtschaftskammer

Königsberg, 6. April. Unter sehr geringer Beteiligung fanden am Sonntag die Wahlen zur ostpreussischen Landwirtschaftskammer statt, die bekanntlich aufgrund einer Entschließung gegen den Reichspräsidenten vom preussischen Staatsministerium aufgelöst wurde. Bisher liegen aus 22 von 37 Kreisen Teilergebnisse vor. Danach entfallen in der neuen Kammer auf die Nationalsozialisten bisher 21 Sitze, auf den Landwirtschaftsverband Ostpreußen 16 und auf den ermländischen Bauernverein 3 Sitze. Das Endergebnis dürfte nicht vor einer Woche zu erwarten sein.

Hugenberg über die Reichsreform

Mün., 6. April. Dr. Hugenberg hielt heute hier eine Wahlrede, in der er sich mit der Frage der Reichsreform befaßte. Hugenberg erklärte u. a., daß das Problem der Reichsreform zu einem „politischen Geschäft“ zu werden drohe. Auch im preussischen Landtag wolle man in Abänderung der Geschäftsordnung im zweiten Gang der Ministerpräsidentenwahl den Ministerpräsidenten im Landtage nicht nur mit einfacher Mehrheit, sondern mit absoluter Mehrheit wählen lassen. Durch diese Maßnahmen, so erklärte Dr. Hugenberg, hoffe man, falls Deutschnationale und Nationalsozialisten die absolute Mehrheit nicht ganz erreichen würden und somit eine gültige Wahl nicht erfolgt, alsdann das schwarz-rote Ministerkabinet als Geschäftskabinet weiterregieren lassen zu können.

Zum Schluß seiner Ansprache betonte Dr. Hugenberg, daß er in Bitternberg von der Preußenfrage gesprochen habe, denn es handle sich bei diesen „preussischen Fragen“ um deutsche Fragen. Die Aufrechterhaltung eines gesunden deutschen Föderalismus, also eine wirkliche Reichsreform und eine Lösung des Dualismus Preußen-Reich sei nur auf der Grundlage der von den Deutschnationalen ausgearbeiteten Vorschläge und nur in enger Fühlung mit den Strömungen möglich, die auch die anderen deutschen Länder durchziehen.

Die Revision bei Kreuger & Toll

Stockholm, 5. April. Heute am späten Abend wurde das zweite Communiqué über den Fortgang der Prüfung der Situation des Kreuger-Kongerns ausgegeben. Das Communiqué hat folgenden Wortlaut:

Die vom Vorstand der A.G. Kreuger & Toll ernannten Revisoren teilen nach Beratung mit dem Vorstande der Gesellschaft folgendes mit: Da es sich gezeigt hat, daß die Klärung der Situation der A.G. Kreuger & Toll noch längere Zeit in Anspruch nimmt, haben die Revisoren die Revisionsfirma Price and Waterhouse in London beauftragt, einen vorläufigen Bericht über die Prüfung des zuletzt bekanntgegebenen Status der Gesellschaft vorzulegen. Die Revisionsfirma Price and Waterhouse teilt folgendes mit: Es steht außer Zweifel, daß sowohl die Bilanzrechnung von Kreuger & Toll vom 31. Dezember 1930 wie die dem Jahresbericht desselben Jahres beigefügte sogenannte konsolidierte Bilanzrechnung, obwohl sie mit den Büchern übereinstimmt, doch ein sehr unrichtiges Bild von der wirklichen Finanzlage der Gesellschaft gibt. Aufgrund persönlicher Mitteilungen des Ingenieurs Ivar Kreuger selbst sind in den Büchern Eintragungen vorgenommen, durch welche einerseits Schulden Ivar Kreugers an die Gesellschaft und ihm nahestehenden Gesellschaften oder Tochtergesellschaften verringert worden sind, während andererseits die Schulden der Gesellschaft selbst an andere nahestehende Gesellschaften verschwandlen sind oder Aktiva in bedeutender Höhe fälschlich ausgewiesen wurden. In anderen Fällen muß angenommen werden, daß besondere buchmäßige Aktiva entweder übertrieben hoch angesetzt oder gar nicht vorhanden, oder in den Büchern nahestehender Gesellschaften ebenfalls aufgeführt sind. Ob überhaupt irgendwelche reale Werte hinter diesen Buchungen zu finden sind, so sind sie jedoch in mehreren Fällen unter irreführenden Bezeichnungen in den Büchern aufgeführt worden. Es ist natürlich jetzt unmöglich festzustellen, wie die tatsächliche Lage der Gesellschaft am 31. Dezember 1930 war. Die jetzt vorliegenden Zahlen geben aber zu der Annahme Veranlassung, daß die Bilanzrechnung eine bedeutend härtere Stellung der Gesellschaft ausgewiesen hätte, als sie tatsächlich war. Die oben genannten Buchungsmanipulationen scheinen auch auf die Gewinn- und Verlustkonten der verschiedenen Gesellschaften ausgedehnt worden zu sein. Durch fiktive Kosten ist eine bedeutende Erhöhung der Guthaben für das Jahr 1930 erreicht worden. Die Revisionsfirma teilt weiter mit, daß sie eine erste Prüfung der Bücher der Continental Investment AB, einer im Besitz International Merch Corporation befindlichen Tochtergesellschaft vorgenommen hat und aus dem Vergleich zwischen den Konten dieser Gesellschaft einerseits und denen der A.G. Kreuger & Toll und der holländischen Gesellschaft Kreuger & Toll andererseits festgestellt hat, daß in den Büchern der Continental Investment AB ähnliche Buchungsmethoden angewandt wurden.

Die Revisoren und die Leitung der Gesellschaft suchen jetzt Wege, sowohl für eine Abwicklung der Gesellschaft, bei der die Interessen der Gläubiger so weit als möglich gewahrt

werden, als auch für eine Fortsetzung der Produktion der dem Kreugerkongern gehörenden Industrieunternehmen.

Eine russische Kampfrede

Moskau, 5. April. Der Vorsitzende des Vollausschusses des Volkswirtschaftsrates, Molotoff, hielt in der Plenarsitzung des Zentralrates der Gesellschaft zur Unterstützung der Verteidigung und zum Ausbau des Flugwesens und der chemischen Industrie eine Rede, in der er u. a. erklärte, daß die Sache des Sozialismus in Rußland gedeihe und sich mit jedem Tage befestige.

Alles dies bedeute aber nicht, daß Rußland seine internationalen Verpflichtungen vergessen könne. In kapitalistischen Ländern wäre die Wirtschaftskrise weiter. Auf der Suche nach einem Ausweg aus dieser Krise neigten herrschende Gruppen der kapitalistischen Länder immer mehr dem zu, im Auslande Abenteuer zu suchen. Rußland wolle sehr gut, daß auch jetzt in den Ministerkabinetten einiger bürgerlicher Regierungen Pläne zu neuen imperialistischen Kriegen ausgearbeitet würden. Von der Wahrsamkeit und der Verteidigungsbereitschaft der Sowjetunion hänge jetzt viel ab.

In Verbindung mit den Ereignissen im Fernen Osten planten die Befehlshaber die Loslösung des Amurgebietes im Fernen Osten von der Sowjetunion und die Schaffung eines weisardrischen „Kaiserreiches“ aus diesem Küstengebiet zum Kampf gegen Rußland mit Unterstützung ausländischer Imperialisten. Man dürfe nicht vergessen, daß der Massenfeind im Inland noch lange nicht vollständig geschlagen sei, und daß er immer noch verhalte, dem Rad des sozialistischen Aufbaues einen Knüttel zwischen die Speichen zu werfen.

Todesurteile im Moskauer Prozeß

Moskau, 6. April. In dem Prozeß gegen Stern und Basiljew wegen des Attentats auf den deutschen Botschaftsrat von Twardowski wurde heute in früher Morgenstunden das Urteil verkündet; es lautete auf Todesstrafe für beide Angeklagte. Das Urteil ist endgültig.

In seinem fast zweistündigen Plädoyer bezeichnete der Ankläger Krylenko als Ziel des Attentats die Störung und Gefährdung der außenpolitischen Beziehungen der Sowjetunion. Die Attentäter und vor allem die hinter ihnen stehenden Hauptpersonen hätten, durch Terrorakte und Provokationen die friedliche Politik der Sowjetunion zu durchkreuzen und eine Lage zu schaffen, die zu Verwirrungen und dadurch zu Störungen in der Durchführung der Jahrespläne führen könne. Stern sei ein Werkzeug in der Hand der Terroristenorganisation geworden; er sei bei der vorbereiteten, sorgfältig vorbereiteten Tat auf die Ermordung des Botschaftsrats ausgegangen. Basiljew habe als Organisator alle nötigen Weisungen an Stern gegeben. Er verweigerte zwar die Auslösung über dritte Personen, mit denen er Terrorakte ermoog und in deren Auftrag er handelte, aber die ganze Unternehmung habe gezeigt, daß es sich dabei um eine sowjetfeindliche Terrororganisation in dem Warschauer Kreis Lubarski handle.

Aus Stadt und Land

Neuenbürg, 5. April. Einen Bilderblock der Deutschen Turnerschaft hat der Verlag W. Limpert-Dresden eingerichtet. Auch der diesige Turnverein besitzt ein solches Bilderblock und hat neben dem Gasthaus zum „Lohsen“ auf dem Marktplatz ein Ausstellungsstück angebracht, in welchem die schönen künstlerischen Bilder, die jeweils ausgewechselt werden, zur Schau gestellt werden. Diese Bilder zeigen die Mannigfaltigkeit unseres deutschen Turnwesens und bringen prächtige Stellung und Lehungen unserer besten Turner und Turnerinnen. Diese Einrichtung dürfte wohl das lebhafteste Interesse weiter Kreise finden und ihren Werbezweck nicht verfehlen.

(Wetterbericht.) Ueber Spanien liegt Hochdruck, im Norden immer noch eine Depression. Für Freitag und Samstag ist zeitweilig aufbeiterndes, aber weiterhin zur Unbeständigkeit neigendes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 6. April. (Aus dem Gemeinderat.) Nach Verlesung und Anerkennung des letzten Sitzungsberichts durch den Gemeinderat wurde von Förster Schmang der Kulturplan für 1932 vorgelesen, erläutert und vom Gemeinderat genehmigt. Die Löhne für Halbarbeiterinnen wurden ebenfalls neu festgesetzt und zwar für Arbeiterinnen über 20 Jahre 36 Bfg. von 18-20 Jahre 30 Bfg. und von 16-18 Jahre 26 Bfg. pro Stunde. Der Haushaltsplan 1931 wurde von der Ausschussbehörde genehmigt. Als Abgeordnete zur Amtsversammlung wurden in geheimer Abstimmung gewählt: Bürgermeister Reuband mit 14 Stimmen, Gemeinderat Helfer mit 12 Stimmen und Gemeinderat Amar mit 10 Stimmen. Als Stellvertreter wurden gewählt: Gemeinderat Kähler und Gemeinderat Ernst Vollmer. Die Hundsteuer wurde für das neue Rechnungsjahr auf 2 RM. festgesetzt. Der Gesellschaftsanteil der Amtsförderung Neuenbürg am Siedlungsverein Birkenfeld soll abgelöst werden. Das Projekt für Arbeitsbeschaffung wurde unter der Voraussetzung, daß mindestens in Höhe der anfallenden Anliegerbeiträge ein Darlehen aufgenommen werden kann, nach dem Vorschlag des Ortsbauernleiters zur Ausführung genehmigt. Es sollen darnach ausgearbeitet werden die Heerstraße, die Kanalisation der Haupt- und Dettlingerstraße und die Schmiedstraße. Unsere Gemeinde hat zur Zeit rund 500 Erwerbslose, die Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsunterstützung beziehen oder im freiwilligen Arbeitsdienst tätig sind, darunter sind nach der letzten Statistik allein 160 Hilfsfabrikarbeiter. Der Ortsvorsteher wird beauftragt, bei den maßgebenden Stellen die durch die Arbeitslosigkeit in unserer Gemeinde entstehende Notlage vorzutragen und um einen Staatsbeitrag und ein Darlehen zu dem beschlossenen Arbeitsbeschaffungsprojekt nachzusuchen. Auf Grund der allgemeinen Senkung der Löhne und Materialpreise wird beschlossen, die in der Ortsaufhebung für Anliegerleistungen usw. festgesetzten Sätze um 20 Prozent ab 1. April 1932 zu ermäßigen. Die Feldhüterstelle soll zur Neu-

besetzung auf 1. Mai 1932 ausgeschrieben werden. Der Vorsitzende der bürgerlichen Fraktion stellt den Antrag, daß, wer nach der Volksgemeinde wiederholt in der Wirtschaft angetroffen wird, von der Gemeinde nicht mehr unterstützt werden soll. Der Antrag wird mit 102 Stimmen angenommen. Der hier ansässige Milchhändler Siegel erhält zu seinem Milchhandel im bisherigen Umfang vom Gemeinderat die Erlaubnis. Das im Schönbühl ohne Vergütung benutzene Baumwesen wird vom Gemeinderat nicht genehmigt und soll wieder der alte Zustand hergestellt werden. Zur Durchführung der Zwecklande wurden bereits weitere 500 RM. bereitgestellt. Der Kasernenbericht des Gemeindeflegers ergab gegen den Vormonat keine Abweichung. In nichtstofflicher Sitzung wurde eine große Anzahl Unterstufungsgegenstände behandelt und noch zwei Grundstücksabteilungen vorgenommen.

Herrnahl, Gemeinderatssitzung am 5. April 1932. Zur Beratung steht der Vorschlag 1932 für die Kurverwaltung und im Zusammenhang damit eine weitere Senkung der Rutzge. In diesem Gegenstand liegt eine Eingabe verschiedener Benutzungsbesitzer und Zimmervermieter vor um Einführung einer besonderen Rutzge und Festsetzung niedriger Rutzge. Dieser Antrag erwies sich bei der Vorerberatung durch den Ausschuss der Kurvereine bei den gegenwärtigen Verhältnissen als undurchführbar und man einigte sich auf eine Senkung der Rutzge um 20 Prozent. Da bereits in den Vorjahren eine Senkung von 15 Prozent stattgefunden hat, ist man sich allseitig darüber klar, daß ein Kurbetrieb nur mehr in ganz bescheidenem Umfang durchgeführt werden kann und der Vorschlag als Notetat anzusehen ist. Vom Gemeinderat wird der Ausschussbericht angenommen und der Vorschlag dementsprechend festgesetzt.

Die Ausführung der Kurmusik wird wie im vorigen Jahre dem Kapellmeister König aus Bickbalden übertragen und der Beginn der Konzerte auf 1. Mai bestimmt.

Ueber die Herausgabe des Wadelkalenders wird mit dem Verlag des Borsheimer Anzeigers ein Vertrag abgeschlossen.

Die Stadtspitze hat über die Anlage des früheren Gartens vom Herrnhuter Sprudelbetrieb einen Kostenveranschlagung aufgestellt. Derselbe wird vom Gemeinderat genehmigt und die Stadtspitze mit der sofortigen Ausführung der Arbeiten beauftragt.

Die Garantie, welche die Firma Ed. Ribbin & Co. A.G. Stuttgart für die Ausführung des Einlaufamwerkes und der Eisenbetonbrücke für die Wassertrastanlage des Elektrizitätswerks geliefert hat, ist abgelaufen. Wesentliche Schäden haben sich innerhalb der Garantiezeit nicht gezeigt. Die hinterlegte Garantiebürgschaftsurkunde wird deshalb zurückgegeben.

Die Stadtgemeinde besitzt 883 Gr. Goldobligationen. Nach der Kotverordnung vom 8. Dezember 1931 kann die Stadtgemeinde damit ihre Schuld bei der Südd. Festwertbank tilgen. Diese Tilgung wird beschloffen; desgl. die Ablösung der Grundbesitzbesitzer, soweit sie die allgemeine Verwaltung, Kurverwaltung und die Elektrizitätsnetzverwaltung betrifft.

Die Gemeinde Neufang regt wiederholt die Beteiligung an den Kosten der gemeinsamen Erhaltung Neufang-Rotenfol an. Im Hinblick auf die geringe Bedeutung, welche die Mutterdammhaltung für die hiesige Gemeinde hat, kann sich der Gemeinderat nicht entschließen, der Anregung eine Folge zu geben.

Erneuert wird der Dienstvertrag mit August Waidner, Tagelöhner in Kullenmühle, über die Instandhaltung der Wege auf der oberen Kullenmühle, die Beschaffung des erforderlichen Schotter-, Gras- und Colossbedarfs für die Instandhaltung der Straßen und Wege auf der hiesigen Gemartung wird genehmigt.

Den Schluß der Sitzung bildete eine Anregung über die Verpflanzung verschiedener Flächen und des neuangelegten Wegs in der Schmeierwiese zwecks Verdrönerung des Landschaftsbildes.

Wildbad, 6. April. Das Hotel „Konfordia“ ging bei der gestrigen stattgefundenen Versteigerung um den Preis von 185.000 Mark zwangsweise an Frau Apotheker Stephan, geb. Kempf, über, da weiter kein Gebot gemacht wurde. Die amt-



„Und das merken Sie sich, meine Herren!“

Hämorrhoiden-Operationen können sehr häufig vermieden werden. Die bakteriologische Wissenschaft hat ein neues Mittel entdeckt, das sich durchaus bewährt hat. Die Hämorrhoiden-Behandlung mit Pasterisan, Salbe und Zäpfchen, gewissenhaft morgens und abends durchgeführt, behebt die Schmerzen, Entzündungen und Blutungen. In leichten Fällen genügt eine Behandlung von etwa drei Wochen, in schweren Fällen rechnet man mit der doppelten Zeit. Dieses Mittel ist sehr preiswert. Die Tube Salbo kostet in jeder Apotheke RM. 1,50, die Packung Zäpfchen RM. 2,50.



liche Schätzung einschließlich Nebengebäuden und Inventar betrug 38 000 Mark.

Vorsicht bei Abschluß von ausländischen Arbeitsverträgen!

Eine Reihe der wichtigsten Einwanderungsländer für deutsche Arbeitnehmer ist dazu übergegangen, die Bestimmungen über die Erteilung der Arbeitsverträge an ausländische Arbeitskräfte sehr zu verschärfen. Wenn es wirklich einem wichtigen deutschen Spezialisten gelingt, in einem dieser Länder eine Stellung zu finden bzw. die Arbeitsverträge zu erhalten, muß er damit rechnen, daß ihm diese nach einigen Monaten wieder entzogen wird. Das bedeutet, daß er ohne Rücksicht auf eine von ihm vertraglich festgelegte längere Kündigungsfrist kurzfristig das Land wieder verlassen muß. Um die damit verbundenen Gehaltsausfälle zu vermeiden, ist zu empfehlen, in die Arbeitsverträge mit Firmen in solchen Ländern die Bestimmung aufzunehmen, daß bei vorzeitiger Entziehung der Arbeitsverträge die Firma zu einer Weiterzahlung des Gehaltes bis zu dem im Arbeitsvertrag vorgesehenen Kündigungsstermin verpflichtet ist. — Von der Auslandsabteilung des VDA, Hamburg 3, Bültschstraße 4, sind die Namen der Länder zu erfahren, die gegen ausländische Arbeitnehmer die erwähnten Bestimmungen erlassen haben. Die Auskünfte werden kostenlos erteilt.

Württemberg

Stuttgart, 6. April. (Bericht über die Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart.) In der Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart ist in der zweiten Hälfte des Monats März eine leichte Besserung eingetreten. Die Zahl der Hauptuntersuchungsempfänger ist um 92 gesunken, ihr Stand beträgt 23 761.

Dödingen, 5. April. (Waldschaden.) Der Landwirt Friedrich Schweizer beschäftigte sich am Sonntag nachmittag mit Rein-Abbrennen. Das Feuer griff auf angrenzende Wälder mit mehrjährigem Bestand über und vernichtete sie. Friedrich Schweizer, ein circa 40-jähriger Mann, gab sich alle Mühe, um zu löschen und verlegte sich dabei die Hände. Junge Burschen von hier waren ihm beim Löschen behilflich. Friedrich Schweizer lebte aus Furcht vor dem angerichteten Schaden, der sich auf einige hundert Mark belaufen wird, nachts nicht mehr in seine Behausung zurück. Man suchte ihn am Sonntag abend vergeblich. Montag früh rißte die hiesige Feuerwehr zur Nachhilfe aus. Man befürchtet, daß er sich ein Bein angetan hat.

Münsingen, 6. April. (Das deutschnationale Wahziel.) In einer Wahlversammlung der Deutschnationalen bezeichnete der Abg. Dr. Bölscher-Ulm als das Ziel des Wahlkampfs in Württemberg die Gewinnung einer nationalen Mehrheit. Deutschnationale, der Bauernbund unter Führung entschiedener nationaler Kräfte und die Nationalsozialisten sollten zusammen mindestens so stark werden, daß die Bildung einer Regierung ohne sie nicht möglich ist.

Wittlingen, 6. April. (Schrecklich angeordnet.) Als am Montag mittag der Mädrige Sohn des Kaufmanns Sig. Zeff mit dem Gagen einer Biene beschäftigt war, wurden die Quatter, zwei Kühe, losen und gingen durch. Der Führer kam unter die eiserne Enge und wurde schrecklich angeordnet. Mit dem Sanitätsauto wurde er ins Krankenhaus übergeführt.

Göppingen, 6. April. (Empfindliche Strafe.) Der junge Mann, der in der Nacht zum Samstag auf eine Grube junger Leute, die einem Mädchen ein Ständchen brachten, einen Pistolenschuß abgab, wurde auf Grund der Notverordnung wegen verbotenen Waffentragens und Nichtanmeldens der Schusswaffe zu der Gefängnisstrafe von drei Monaten und drei Tagen durch den Schöffengericht verurteilt. Auch wurden ihm die Kosten des Verfahrens auferlegt und Einzug der Waffe verfügt.

Geislingen a. St., 6. April. (Miegerranfall.) Gestern nachmittag wollte der 22 Jahre alte Segelflieger Karl Schweizer von Deggingen oberhalb von Ahe Maria mit einem Segelflugzeug die Gegend von Deggingen überfliegen. In einer Höhe von etwa 70 Meter kam der Segelflieger in eine Windböe, die beide Tragflächen brach, so daß er in die Tiefe stürzte. Er trug Kopfverletzungen und einen Armbruch links davon. Mit dem Krankenkräftswagen mußte er ins Krankenhaus verbracht werden.

Ulm, 6. April. (Zwei Tote.) In der Voltstraße 17 wurde die Leiche der ca. 30 Jahre alten Ehefrau Schaffer und ihrer 7 Jahre alten Tochter gefunden. Die Frau hatte sämtliche Gasbahnen aufgemacht, so daß die ganze Wohnung vergast war. Noch um 12 Uhr hatte die Frau mit Nachbarn geplatzt. Die Gekerkte machte schon einmal einen Selbstmordversuch. Die Leiche der Frau lag in der Küche und die des Kindes im Wohnzimmer. Wie man hört, sollen familiäre und wirtschaftliche Verhältnisse das Motiv zu der insofern furchtbaren Tat sein.

Von der bayerischen Grenze, 5. April. (Anschlag auf einen D-Zug.) Am Samstag abend wurde in der Nähe des Bahnhofs Donauwörth auf den kurz vor 11 Uhr durchfahrenden D-Zug München-Berlin ein Attentat verübt. Von noch unermittelten Tätern wurde auf dem Gleis ein Semmelbrot angebracht, um den Zug zur Entgleisung zu bringen. Zum Glück bemerkte der Lokomotivführer das Hindernis sofort und konnte den Zug zum Halten bringen. Untersuchung ist eingeleitet.

Einrichtung eines Luftschutzes in Württemberg

Stuttgart, 5. April. Im Zusammenwirken von Reich und Ländern soll nimmermehr der Luftschutz für die deutsche Zivilbevölkerung vorbereitet werden. Entsprechend dem vom Reichsministerium des Innern vorgeschlagenen Verfahren wird dieser Luftschutz auch in Württemberg in den in Frage kommenden Orten eingerichtet werden. Zur Einführung in die mit dem Luftschutz im Zusammenhang stehenden Fragen hielt Polizeimajor Sprandel heute vormittag im Schilleraal der Akademie in Stuttgart vor den Vertretern der für die örtliche Durchführung des Luftschutzes in Frage kommenden Staats- und Gemeindebehörden einen Vortrag, dem auch Staatspräsident Dr. Volz, der Bezirkskommandeur Generalleutnant Liebmann, ferner zahlreiche Landräte und Stadtvorstände aus dem ganzen Lande beiwohnten. Polizeimajor Sprandel-Stuttgart führte in seinem Vortrag aus, daß angesichts der gewaltigen Entwicklung der Fliegerwaffe Deutschland als das luftgefährdetste und luftempfindlichste Land Europas erscheint. Die Luftmacht Frankreichs, Belgiens, Polens sowie der Kleinen Entente beherrscht ganz Mitteleuropa. Dazu kommt, daß Deutschland mit seinen großen Städten zahlreiche empfindliche Angriffsziele bietet. Deutschland hat 22 Städte mit über 100 000 Einwohnern, Frankreich nur 3. Nachdem das Pariser Luftfahrtabkommen von 1926 Deutschland zu Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung berechtigt hat, hat im Jahr 1927 die Reichsregierung beschlossen, einen Luftschutz für die Bevölkerung vorzubereiten. Die Maßnahmen des Luftschutzes haben sich gegen die Gefahren der Angriffsmitel, der Brand-, Spreng- und Gasbomben zu richten. Was der Wirkungsweise der Angriffsmitel ergeben sich die

Maßnahmen des zivilen Luftschutzes: 1. Ein Melde- und Warndienst soll die in Betracht kommenden Stellen von dem Bestehen der Luftgefahr rechtzeitig in Kenntnis setzen. 2. Die Tarnung wichtiger Ziele durch Vernebelung und Verdunkelung. 3. Ein Kollektivschutz durch Vorbereitung behelfsmäßiger gas- und splitterfester Schutzräume in der Nähe verkehrsbereiter Plätze und Straßen und in geeigneten Kellern für die Hausbewohner. 4. Der Kollektivschutz soll durch einen Einzelschutz gegen Gas ergänzt werden. 5. Der Ausbau eines Sicherheits- und Hilfsdienstes, der eingetretene Schäden aller Art beseitigen, insbesondere beim Löschen der Brände sich betätigen soll. — Der Luftschutz gehört als Katastrophenschutz zu den Aufgaben der Polizei. Um bei der örtlichen Durchführung der Luftschutzmaßnahmen ein Zusammenstoßen aller Kräfte zu erreichen, die für die Mitarbeit in Frage kommen, soll in den Städten, in denen ein ziviler Luftschutz eingerichtet wird, ein Luftschutzbeirat gebildet werden. Der Luftschutz darf aber nicht nur als behördlich tätig werdender Katastrophenschutz aufzufassen werden, vielmehr muß auch jeder einzelne beachtet sein, sich selbst zu schützen. Der Selbstschutzbegriff soll mit Hilfe der Presse bei der gesamten Bevölkerung gewirkt werden. Nachdem durch die Umgestaltung der Kriegführung und bei der geographischen Lage Deutschlands das ganze Land in eine Kriegsgefahrzone einbezogen werden kann, sollte künftig auch die stadtbauliche Planung dem Umstände Rechnung tragen, daß die Möglichkeit, in Städten Fortkürungen durch Luftangriffe anzurichten, wesentlich abhängig ist von der Dichtigkeit ihrer Bebauung. Hier bedarf es der Erfordernisse des Luftschutzes nach Auflockerung der Bauweise völlig mit den Forderungen der menschlichen Siedlungsbewegung, den Großstadtbewohnern gesündere Wohnverhältnisse zu schaffen. Eben so geht das Bestreben des Luftschutzes, die Feuergefährlichkeit der Dächer zu einschränken, in gleicher Richtung mit den volkswirtschaftlichen Interessen. Der Vortrag, der mit größtem Interesse entgegengenommen wurde, wird am 12. April in Ulm für das Oberland wiederholt.

Baden

Pforzheim, 5. April. Der Pforzheimer, der in Ulm wegen der Falschgeldangelegenheit verhaftet wurde, wird heute hierher gebracht. Über die Namen der Verhafteten und über die Zahl der gefälschten Geldstücke kann noch nichts mitgeteilt werden, da die Kriminalpolizei noch mit den Erhebungen beschäftigt ist. Die Falschgeldwerkstatt ist in einem Hause in der Seeburgstraße angebracht worden. Die Gußformen wurden geschlossen vorgefunden. Es sei nochmals besonders darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei diesem Falschgeld um die georgienischen Stücke handelt. Es befinden sich nämlich außerdem noch andere Arten von Falschgeld im Verkehr.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 6. April. (Stuttgarter April-Vierdemarkt.) Am 11. April (Montag) gibt die Reichsbahn zum Befehl des Reiches Sonntagsschließungen mit eintägiger Geltungsdauer nach Stuttgart und Cannstatt aus von den Bahnhöfen der Strecken Wülfelder-Göppingen, Weisbrunn-Weisbrunn, Kornau-Weisbrunn, Ludwigsburg-Markgröningen, Kornau-Weisbrunn-Unterriedel, Weisbrunn-Burgstall, Rurr-Weisbrunn, Fellbach-Gaildorf, Neustadt-Weisbrunn, Stuttgart-Weisbrunn, Weisbrunn-Kemmlingen, Unterriedel-Kemmlingen, Weisbrunn-Weisbrunn und Weisbrunn-Weisbrunn (Teil).

Weisbrunn, 6. April. (Frühjahrs-Weinverkauf.) Der Frühjahrs-Weinverkauf der beiden hiesigen Genossenschaften hatte einen guten Verlauf aufzuweisen. Erhielt wurde für Weiß mit Riesling 47-50 RM, Riesling 55-60, Trollinger 68-70 RM, pro Dekoliter. Der Umsatz war befriedigend.

Holzverkäufe. Bei den Holzverkäufen aus den württ. Staatswaldungen wurden im Monat März für Kadelstammholz folgende Erlöse erzielt: Nadeln und Tannen 46 Prozent der Landesgrundpreise bei einem Verkauf von 16 002 Km. Im Februar betrug der Erlös 57,5, im Januar 47 Prozent. Fichten und Lärchen 52 Prozent bei einem Verkauf von 3688 Hektar. Im Februar stieg sich der Erlös auf 51, im Januar auf 53 Prozent. Bei dem Verkauf von Eichenstammholz schwankte der Erlös zwischen 61 und 76 Prozent. Für Kadelstammholz wurden durchschnittlich 66 Prozent der Landesgrundpreise erzielt. An Brennholz wurden verkauft 13 957 Raummeter Laubholz und 22 104 Nm. Nadelholz bei einem Durchschnittserlös von 82 Prozent gegen 85 Prozent im Februar, 91 Prozent im Januar und 88 Prozent im Dezember.

Pforzheim, 4. April. (Vierdemarkt.) Aufgetrieben waren 90 Pferde, darunter 1 Fohlen. Der Auftrieb erfolgte in der Hauptstadt durch den Handel, welcher schöne Pferde anbot. Aus der Landwirtschaft waren teilweise ebenfalls schöne Tiere zugeführt. Es wurden

folgende Preise gehandelt: 100-350 Mk. für leichte Pferde, mittlere Arbeitspferde 400-750 Mk., schwere Pferde 800-1100 Mk., Schlachtpferde 40-80 Mk. Ausgeladete Tiere über Notiz. Der Handel war mittelmäßig. Der nächste Vierdemarkt findet am Montag, den 2. Mai 1932 statt.

Karlsruhe, 4. April. (Schlachtviehmarkt.) Zufuhr: 42 Ochsen, 48 Bullen, 51 Kühe, 154 Färsen, 58 Kälber, 991 Schweine. Ochsen kosteten: 30-34, 28-30, 27-29, 25-27, 23-25, 22-23, Bullen: 25-26, 22-23, 21-22, 18-21, Kühe: 20-23, Färsen: 31-37, 23 bis 29, Kälber: 42-44, 39-42, 35-39, 23-28, Schweine: 42-44, 43-45, 44-47, 41-45, 39-41, 31-35. Bestes Fleisch über Marktpreis bezahlt. Verlauf: Bei Großvieh und Schweinen langsam, erheblicher Ueberstand, bei Kälbern langsam, geräumt.

Letzte Nachrichten

Stuttgart, 6. April. Der Abg. Keil hat folgende Kleine Anfrage an die württembergische Regierung gerichtet: In der Nummer 77 des „Staatsanzeigers für Württemberg“ vom 4. April 1932 wird eine Erklärung wiedergegeben, die unterzeichnet ist „Wilhelm, Kronprinz“. Abgesehen davon, daß der Inhalt dieser Erklärung dem Ehrenwort gegenüber steht, daß der Unterzeichner der Reichsregierung gegenüber abgegeben hat, nämlich: sich von jeder politischen Betätigung fernzuhalten, ist auch ihre Unterschrift falsch. Trotzdem erscheint diese Erklärung im „Staatsanzeiger“ unter der Überschrift: „Der Kronprinz für Hitler“. Ist die Staatsregierung bereit, die Redaktion des „Staatsanzeigers“ darüber zu unterrichten, daß es in der deutschen Republik keinen Kronprinzen gibt?

Schwere politische Schlägereien in Leipzig

Leipzig, 7. April. Gestern abend kam es im Vorort Modau zu einer schweren politischen Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, wobei von den Nationalsozialisten drei bis vier schwere Schüsse abgegeben wurden. Zwei SPD-Leute mußten mit Beschüssen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Auch ein zufällig vorübergehender Personkraftwagen wurde beschossen. Ein Nationalsozialist mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. In der Wohnung eines anderen an dem Zusammenstoß beteiligten Nationalsozialisten wurden drei Gewehre, ein Seitengewehr und verschiedene Munition gefunden; der Nationalsozialist wurde festgenommen. Bei einem zweiten Zusammenstoß im Vorort Kötzsch zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten wurden fünf Nationalsozialisten zum Teil erheblich verletzt.

Eine Erklärung des Rechtsbeistandes Remarque

Berlin, 5. April. In den Meldungen über Maßnahmen der Haftabstufungsstelle gegen den Schriftsteller Remarque teilt dessen Rechtsbeistand Dr. Max Lion mit, daß Remarque seit Jahren Auslandsdeutscher sei. Er sei bereits im Mai 1929, also vor drei Jahren, ordnungsmäßig beim hiesigen Finanzamt nach dem Auslande abgemeldet worden. Sein zweites Buch „Der Weg zurück“, sei im wesentlichen im Ausland geschrieben worden. Die Auswanderung sei mit Kenntnis und in vollem Einverständnis mit dem Finanzamt erfolgt, an dem auch seit der Zeit die von Herrn Remarque weiter geschuldeten Steuern reiflos gezahlt worden seien. Die Mitteilung, Remarque sei unantastbar, sei ebenso unrichtig wie die bei dieser Gelegenheit wieder aufgestellte unwahre Behauptung, er heiße eigentlich Kramer.

Geschäftliches

Großreinemachen ist ja halb so wild!

Krisenstimmung auch noch beim Großreinemachen? Das wäre ja viel in der heutigen Zeit. Der zu Unrecht gefährdete Hausputz flücht überall da wie am Schnitzbrett, wo sich erfahrene Frauen mit Helfern bewaffnen, die ihnen im Kampf gegen die Schlange Schmutz die halbe Arbeit abnehmen: Persil, Dento, Aka und imi — so heißen sie!

„Haarglanz“ bedeutet Haar-Hygiene.

Wie hält man sein Haar gesund? Durch regelmäßiges Nachspülen mit Schwarzkopf-Haarglanz nach jeder Kopfwäsche! Dann Schwarzkopf-Haarglanz strafft das erweichte Haar wieder — er adstringiert es — und er entfernt die alkalischen Rückstände aus dem Haar — er neutralisiert es. Das Haar wird fest und elastisch, es leuchtet in reinem Glanze: Schwarzkopf-Haarglanz ist sein Verjüngungsbad. „Haarglanz“ liegt jedem Beutel Schwarzkopf-Schampoo bei. Weiße Packung 20 Pfg., grüne Extra-Packung und Extra-Blond mit Schaumbille 27 Pfg.



Wahlpläne vor 2000 Jahren

Ruinen in Pompeji mit Mauer-Aufschriften, die für die Kandidaten der Gemeindevahlen werden sollen.

Den Ältern hat immer wieder recht: Aufschriften auf Häusermauern als Wahlkampfmittel hat es selbst im alten Pompeji schon gegeben. Ganze Kolonnen wurden damals für die Bemalung mobilisiert. Da gab es Plakate, der frühere Aufschriften vernichten mußte, dann den Strippen oder Leinwandstreifen mit seinen Assistenten, darunter den Kanter-

narius, dem Lichthalter. Die Drohungen, Empfehlungen, leibenshöfliche Anrufungen, Bittwörter, Wünsche usw., die auf die Mauern der Häuser geschrieben wurden, beweisen, daß die politischen Kämpfe vor 2000 Jahren mit derselben Leidenschaft ausgetragen wurden wie heute.

**Entschließung der Reichstagsfraktion
der Deutschen Staatspartei**

Berlin, 4. April. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei hielt am Montag eine Sitzung ab, in der eine Entschließung angenommen wurde, in der es heißt:
Die Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei warnt vor übereilten Schritten auf dem Gebiete der Devisen- und Handelspolitik. Die deutsche Devisen- und Handelspolitik darf nicht unternehmen, was die bestehenden handelspolitischen Schwierigkeiten Deutschlands in der Welt noch verhärtet

könnte. Dafür darf sie keinesfalls in den Dienst von Bestrebungen gestellt werden, die darauf hinarbeiten, unser auf Einfuhr lebenswichtiger Rohstoffe angewiesenes Land vom Weltmarkt abzusperrten. Ebenso wenig darf daran gedacht werden, Maßnahmen, die den deutschen Kredit in der Welt schädigen könnten, zu ergreifen, bevor alle Mittel sachgemäßer Devisenbewirtschaftung erschöpft sind.

Der Goldkrieg zwischen Frankreich und Amerika ging zu ungunsten Amerikas hinaus. Aber schon entbrannte ein zweites Goldduell. Hier lag Frankreich in der Verteidigung. Der Endkampf wird erst im Sommer bei der Tribut- und Abrechnungsschlacht entbrennen. Bis jetzt gelang es Amerika, seine Währungsbede zu vergrößern. Es besitzt 40 Prozent aller Goldvorräte der Welt, die zur Deckung von Währungen herangezogen werden. Nachdem nun auch Englands Finanzen wohlgeordnet sind, kann man wohl damit rechnen, daß Frankreich seinen großen Geldkrieg verliert. Damit sind auch seine Aussichten im Donauraum etwas geschwunden.

Im Scheinwerfer

Der Goldkampf zwischen Amerika und Frankreich. Der

*Ich bin Landknecht der
ganzen deutschen Volkss,
nicht der Herrschenden
sind Partei der Partei-
geringen, und will mit
meinem Gewissen und
dem Vaterlande zusammenfließen
hat sein.*
von Hindenburg

Gemeinde Birkenfeld.

Der Gemeinderat hat am 5. April 1932 die Wahl der Abgeordneten zur Amtsversammlung für die Kalenderjahre 1932-1934 vorgenommen.

Gewählt wurden:

- a) als Abgeordnete:
 - Bürgermeister Neuhaus mit 14 Stimmen
 - Gemeinderat Adolf Bester mit 12 Stimmen
 - Gemeinderat Paul Aymar mit 10 Stimmen
 - weiter erhaltet Gemeinderat Ernst Bollmer 1 Stimme
- b) als Stellvertreter:
 - Gemeinderat Gottlob Rübler mit 12 Stimmen
 - Gemeinderat Ernst Bollmer mit 11 Stimmen
 - weiter erhaltet Gemeinderat Enghofer 1 Stimme.

Das Ergebnis der Wahl wird gem. Art. 27 Abs. 3 Bezirksordnung öffentlich bekanntgemacht und kann von jedem Mitglied des Gemeinderats innerhalb einer Woche im Wege der Einsprache angefochten werden zu Protokoll oder mittels schriftlicher Eingaben beim Ortsvorsteher oder dem Oberamt.

Birkenfeld, den 6. April 1932.

Bürgermeister Neuhaus.

Bergebung von Bauarbeiten.

Zum Neubau des Herrn Karl Braun III in Engklösterle sind die Beton-, Maurer-, Dachdecker-, Zimmer-, Flaschner-, Gipfer-, Schreiner-, Glaser-, Maler- und Schlosser-Arbeiten

auf Grund der allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen, im 1960, zu vergeben. Kostenanschlag und Bedingungen liegen vom Freitag den 8. bis 9. ds. Mts., abends 7 Uhr, beim Bauherrn in Engklösterle und beim Architekten selbst zur Einsicht auf und müssen die Offerte spätestens am Sonntag vorm. 8 Uhr, entweder beim Bauherrn oder auf dem Büro des Architekten in verschlossenem Kuvert eingereicht sein.

Wildbad-Engklösterle, den 7. April 1932.

Der Bauleitende:

Ernst Hugenlaub, Architekt, Graf Eberhardbau, Telefon 515.

Schömberg — Weinberg.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag den 9. April 1932

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Löwen“ in Schömberg höflichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Hermann Förcher,

Sohn des Joh. Förcher, Landwirts in Schömberg.

Käthe Schwemmler,

Tochter der Kath. Todt, Landwirtin in Weinberg.

Abrgang 12 Uhr in Schömberg.

Finanzminister Dr. Dehlinger

spricht am 8. April, 20.15 Uhr, im Gasth. z. „Däsen“ in Höfen a. Enz

zur Landtagswahl.

Hierzu ist die Einwohnerschaft herzlich eingeladen.

Deutschnationale Volkspartei,
Ortsgruppe Höfen.

Die **Kartoffeln** (rote und gelbe) sind heute eingetroffen und werden heute nachmittag und morgen am Bahnhof ausgegeben.
Ernst Ochner & Sohn,
Telefon 365.
Inserate heben den Umsatz!

Statt Karten
Georg Walter
Marie Walter, geb. Vischer
grüßen als Vermählte
Fockenheim Conweiler
Mannheim, den 7. April 1932

Die Treue ist das Mark der Ehre!

So steht es auf den Hindenburg-Plakaten zu lesen.
Man fordert Euch auf, Männer und Frauen, dem Generalfeldmarschall die Treue zu halten, so wie er Euch die Treue hält.
Nun gut: Vor allem aber ist es notwendig, daß der Mensch sich selber treu bleibt und im Glück zu denen steht, die auch im Unglück zu ihm standen.
Wir standen zu Hindenburg, als die jüdische und marxistische Presse ihn im Jahre 1925 mit Räbeln von Spott und Hohn übergoß; wir hielten ihm die Treue, als er noch nicht durch Republikshutzgesetz und Notverordnungen in seiner Ehre beschützt wurde.
Hat er uns auch die Treue gehalten?
Als die Aufwertungsgeetze unterschrieben wurden?
Als das Republikshutzgesetz unterschrieben wurde?
Als das Kriegsgerätegesetz unterschrieben wurde?
Als der Youngplan unterschrieben wurde?

Gebt Antwort! Wenn ja, dann gehört Eure Stimme ihm. Wenn aber nein, dann müßt Ihr einen Anderen wählen. Der Naziführer Breitscheid erklärte im deutschen Reichstag: „Die Sozialdemokratie ist durch Hindenburg angenehm enttäuscht worden“.

Was heißt das für alle, die konsequente Gegner der Sozialdemokratie sind? Bedeutet das nicht, daß wir Hindenburg unsere Stimme verweigern müssen?

Seht Euch Adolf Hitler an!

Er hat vier Jahre lang draußen im Felde als einfacher Gefreiter seine Pflicht und Schuldigkeit getan. Er wurde zweimal schwer verwundet und mit dem Eisernen Kreuz 1. und 2. Klasse ausgezeichnet. Er lag bei der November-Revolution als Kriegsbliinder im Lazarett in Pasewalk. Er hat im Jahre 1919 den Kampf gegen das November-System begonnen. Er ist dafür verurteilt und verhöht worden. Er ging darum ins Gefängnis und auf 18 Monate auf die Festung.

Keine Macht der Welt konnte ihn dazu bringen, von dem einmal proklamierten Kampfe abzulassen. Man hat ihm auf über zwei Jahre das Reden verboten. Er wurde — obwohl im Felde zweimal schwer verwundet — zum Staatenlosen erklärt. Er, der sich durch sein Blut jene Staatsbürgerschaft erworben hatte, die Hunderttausende galizischer Offiziere mit Geld erkaufen.

Er führte den Kampf gegen Dawes und Locarno. Er rief das Volk zum Widerstand auf gegen den Youngpakt. Selbst als ihm am 14. September 1930 ein noch nie dagewesener Wahlsieg zu Füßen gelegt wurde, ließ er sich nicht von den Verlockungen des Systems betören, sondern ging seinen geraden Weg unverbrüchlich und konsequent weiter.

Wollte er nur Minister werden? Nein, er hätte es längst sein können!

Wollte er nur etwas für sich? Nein, er hätte alles haben können, er brauchte nur nachzugeben. Er hätte sich dem Volke verschoren. Die deutsche Nation sollte durch seinen Kampf wieder freigemacht und dem deutschen Menschen Arbeit und Brot zurückgegeben werden.

Wenn einer, dann kann er mit Recht von sich sagen:

Die Treue ist das Mark der Ehre!

Er ist sich selber und seiner Idee treu geblieben und damit hielt er dem deutschen Volke jene Treue, die er in den Schützengräben des Westens schon mit seinem Blut besiegelt hatte.

Noch am 6. April erklärte er in einer Riesen-Massendemonstration in Nürnberg:

„Ich habe vor 13 Jahren den Kampf gegen das heutige System und seine Parteien als einsamer und unbekannter Mann aufgenommen. Ich habe diesen Kampf durchgeführt als einen Kampf meines deutschen Gewissens gegen die Knechtere unserer Freiheit, unserer Ehre und unseres sozialen Wesens. Es war schwer, von 7 Mann bis zu 11 Millionen zu kommen. Ich habe aber in diesen 13 Jahren kennen gelernt, wie groß die Kraft der Beharrlichkeit und der Treue zu Grundstößen ist. Hundertmal wurde mir der Untergang prophezeit, das Ende der Bewegung als sicher hingestellt. Was immer mir meine Gegner auch vorwerfen wollen, sie können nicht sagen, daß ich auch nur einmal wankend wurde. In guten und in schlimmen Zeiten habe ich der Fahne unserer Bewegung, die einst Deutschlands Fahne sein wird, unentwegt gedient, für sie gestritten und wenn nötig für sie auch geopfert. Selbst wenn das Schicksal bestimmt haben würde, daß die nationalsozialistische Bewegung nicht siegen sollte, dann würde ich nichts desto weniger ihr letzter Vertreter und letzter Kämpfer sein.“

Das ist Adolf Hitler, der Mann der deutschen Treue.

Wer Wahrheit, Klarheit und Gerechtigkeit will, der wählt also

Adolf Hitler.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert Freitag den 8. April, vormittags 10 Uhr, in Schwann:

- 1 Käuferschwein, 1 Ziege
- 1 Hase, 7 Hennen, 1 Gockel
- 1 altes Fahrrad, 3 Autoschlänche, leere Fässer und verschiedene Spezialewaren.

Zusammenkunft am Waldhorn.

Nachmittags 13 Uhr in Höfen:

- 1 Personenauto, Mercedes 8/38, 1 Radio-Apparat mit Lautsprecher, 1 Standuhr, 1 Schreibmaschine, 1 Plüschdivan.

Zusammenkunft beim Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle.

Liederkränz Neuenbürg

Heute abend **Singstunde,** Beginn präzis 7/9 Uhr. Erscheinen ist Ehrensache eines jeden Sängers.

Der Ausschuß.

Familien-Drucksachen

Verlobungsanzeigen
Bermählungsanzeigen
Liefert in vornehmer Aufmachung

C. Meck'sche Buchhandlung.

Photo-Atelier
Stadelmann
Neuenbürg
Telefon 321

Neuenbürg.

Gebrauchte, gut erhaltene **Bettlade mit Koff** hat zu verkaufen
Enßlin, Gräfenhäuserstr. 9.

Herrenalb.

Zu verkaufen
Gut erh. Sofa, weiß. Schrank, weiß. el. Bett mit Matr., klein. Wäsche- u. Nachttisch, elch. Plüschgarderobe, Küchenschaff. Zu erfrag. Eitlingerstr. 120, 2. Et.

„Der Enztäler“

darf als Heimatblatt in keiner Familie fehlen

